

Schwere Zeiten für Demokratie und Rechtsstaat

Von Rainer Wendt, Bundesvorsitzender



Eduard Fiegl

> Rainer Wendt

Als die Bundeskanzlerin vor ziemlich genau einem Jahr die Entscheidung traf, Flüchtlinge aus Ungarn ohne Identitätsprüfung nach Deutschland einreisen zu lassen, wurde dies vielfach als humanitärer Akt begrüßt und man kann es durchaus auch als solchen betrachten. Dass aus dieser Ausnahme im Nachhinein die Regel wurde, wird politisch kontrovers diskutiert und zwar mit Recht.

Als eine Zeitung im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes Auskunft über die Schriftstücke haben wollte, die seinerzeit gefertigt wurden, teilte die Bundesregierung mit, dass darüber keine Akten existierten. Das ist bemerkenswert. Eine Entscheidung, die für die Zukunft unseres Landes, wenn nicht sogar des ganzen europäischen Kontinents von großer Bedeutung ist, ohne jeglichen Aktenvermerk, ohne Protokoll oder Anweisung? Wenn man den

Darstellungen eines großen Magazins Glauben schenken darf, wurde dies alles innerhalb kürzester Zeit zwischen nicht einmal einer Handvoll Menschen am Handy vereinbart und nirgends schriftlich fixiert. Und die Volksvertretung war bei dieser Handvoll nicht einmal dabei. Dessen Präsident beschäftigt sich seit sieben Jahren mit den Füllhalterbestellungen der Abgeordneten und ihrer Mitarbeiter, die natürlich akribisch und schriftlich festgehalten wurden.

In Hessen verkündet der Ministerpräsident den Beamtinnen und Beamten seines Landes in der Attitüde eines Landesfürsten, dass man im kommenden Jahr die Bezüge um ein Prozent anheben wolle, danach werde man sehen. Das ist zwar sicher verfassungswidrig, aber wenigstens transparent. Nicht so, wie beispielsweise das Regierungshandeln in Baden-Württemberg. Den

Parteitag wurden zwar die ausgehandelten Koalitionsverträge vorgelegt und abgestimmt. In Geheimabsprachen einigten sich der Ministerpräsident und sein Stellvertreter aber auf dramatische Eingriffe in die öffentliche Verwaltung mit weitreichenden Folgen für die Qualität des öffentlichen Dienstes insgesamt und auch für die Polizei. Personalabbau, Einkommens Kürzungen, Steuererhöhungen, das ganze Programm zur Demütigung und Demotivation des öffentlichen Dienstes, aufgeschrieben auf Papieren, die zunächst geheim geblieben waren. Vielleicht hätten sie es so wie die Bundesregierung machen und nichts aufschreiben sollen, denn raus kommt es doch.

■ Seltsames Demokratieverständnis

Die Grünen sind gelassen, denen gefällt solche Politik. Die CDU kocht vor Wut, weil sie

spürt, dass sie hinters Licht geführt wurde. Die Opposition ist stinksauer, weil sie zu Recht empört ist über solches Gutsherrengehabe. Der Ministerpräsident und sein Vize bestehen darauf, dass sie „geschützte Räume“ bräuchten, um diese seltsame Art von Demokratie zu praktizieren. Dabei bestreitet niemand, dass Vertraulichkeiten zwischen Regierenden notwendig sind. Wenn sich die beiden Herren beim Italiener treffen wollen, müssen sie das niemandem erzählen. Wenn sie das Land vor die Wand fahren, geht das die Volksvertretung sehr wohl etwas an und die Öffentlichkeit auch!

Hier wurde ein ganzes Parlament und seine Wählerinnen und Wähler über die wahren Ziele einer Regierung vorsätzlich getäuscht. Und das rundet eben ein Bild von derzeit praktizierter Politik ab: Die Volksvertretungen werden unmittelbar nach Zuweisung von Dienstwagen, Büros, Referenten und anderen Statussymbolen an die Regierenden nicht mehr gebraucht, sie stören nur. Entscheidungen fallen in kleinsten Machtzirkeln, ohne Transparenz und echte politische Willensbildung derjenigen, die das Volk vertreten sollen. Die Abgeordneten murren zwar gelegentlich, sind aber durch fortwährende Wahlkämpfe und in Zeiten unkalkulierbarer Wahlergebnisse darauf angewiesen, alle möglichen Koalitionen offenzuhalten.

Viele Menschen wenden sich ab von dieser Art Politik, das ist gefährlich. Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland gehen schweren Zeiten entgegen. ■